

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 43/42. Jg.

25. Okt. 1929

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit Graph. Technik 0,50 Mk. inkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.— Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktionsschluss: Montag, Ferraruf: B 2, Lützow 5583. Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9, — Druck und Expedition: Conrad Müller, Schwenditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Vereinbarung. Zuschriften an Expedition erbeten. Postverlegungsstelle Schwenitz.

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserateverantwortlich: Conrad Müller, Schwenditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Herbsttagung des Verbandsbeirates.

Die ordentliche Herbstaussprache des Verbandsbeirates war vom Vorstand für die Tage des 19. bis 21. Oktober in Berlin angesetzt. Wie üblich, lag auch dieser Tagung des Verbandsbeirates mit dem Vorstand eine Fülle Beratungsstoff vor. Daneben galt es auch, das neue Verbandshaus offiziell seiner Bestimmung zu übergeben. Hat der Vorstand im neuen Heim auch schon fruchtbare Arbeit für die Kollegenschaft geleistet, stand doch die Weihe der schönen neuen Räume noch aus. Inzwischen hat auch schon mancher Kollege den neuen Verbandsbesitz besichtigt. Das Urteil ist uneingeschränkt Lob des neuen Werkes und wird auch kaum geändert werden. Das neue Verbandshaus ist auch ein Schmuckkästchen, dessen besonderer innerer Wert in seiner zweckmäßigen Einrichtung besteht. Da der Kreis der Kollegen immer begrenzt bleiben wird, den neuen Verbandsbesitz mit eigenen Augen zu schauen, wird das Bild Hilfsmittel sein, die Kollegen wenigstens in etwas über ihren Neubesitz zu informieren.

Wie gesagt, war der Beratungsstoff der gehaltenen Sitzung des Verbandsbeirates auch diesmal mehr denn reichlich. Das wird besonders den Kollegen, der schwer im Geschirr verbandlicher Arbeit steht, nicht im geringsten windern. Unsere Zeit mit ihrer Unrast und ihrem Wechsel stellt die Gewerkschaften vor so viel Probleme und gibt ihr so viel Aufgaben zu lösen auf, daß leider immer nur das Dringlichste im Brennpunkte der Erörterung stehen kann. Von diesem Gesichtspunkte mußte sich der Vorstand auch bei der Festsetzung der Tagesordnung der Beiratssitzung leiten lassen, so daß folgende Beratungspunkte zur Erörterung kamen:

1. Geschäftliches.
2. Der letzte Tarifabschluß im Steindruckgewerbe und die Durchführung unserer Tarife.
3. Die Auslegung unserer Tarife.
4. Der Internationale Kongreß in Prag.
5. Stellungnahme zur Interessenvertretung der Kollegen bei Behörden.
6. Verschiedenes.

Die Verhandlungen eröffnete Kollege Haß mit einem großzügigen Referat zu Punkt 2 der Tagesordnung. Da die Tarife die Grundlage unserer Arbeitsverhältnisse sind, müssen sie im Vordergrund des Interesses stehen. Besondere Beachtung verlangten daneben die Vorgänge beim letzten Tarifabschluß für das Lithographie- und Steindruckgewerbe. Obwohl in zweiter Verhandlung nur unter Überwindung allergrößter Schwierigkeiten ein annehmbares Ergebnis erzielt werden konnte, ergab die Urabstimmung fast eine Ablehnung des Verhandlungsergebnisses. Es scheint ganz ohne Zweifel, daß dieses Urteil stark unter der Verkenntnis der wirtschaftlichen Entwicklung steht. Hinzu kommt noch, daß die Ablehnung des Verhandlungsergebnisses nicht selten auf den Mangel einer Lohnverbesserung gestützt wurde. Wir haben schon bei

der Berichterstattung darauf verwiesen, daß die Unternehmer Tarifföhne verlangen, wenn die Gehilfen allgemeine Lohnzulagen fordern. Die ablehnende Stellungnahme einer nicht kleinen Kollegenanzahl wegen mangelnder allgemeiner Lohnzulage verlangt deshalb eine gründliche Aussprache über die Frage Leistungslohn — Tariflohn.

Die Durchführung unserer Tarife muß das besondere Interesse der Kollegen finden. Dazu zwingt nicht nur das Eigeninteresse, sondern unter anderem auch die Preisgestaltung unserer Produkte. Sind auch die Unternehmer der Ansicht, daß die Preisregelung ausschließlich ihre Angelegenheit ist, liegen die Zusammenhänge von Preis und Lohn doch offen zu Tage. Daß Kollege Haß eine großzügige Analyse der gewerblichen Wirtschaftslage in seinem Referat gab, sei als selbstverständlich nur erwähnt.

Die mehr als einen Tag währende Aussprache, an der sich 20 Redner beteiligten, fügte manchen wichtigen Beitrag zur Klärung der berührten Probleme bei. Um in gleicher Weise mit den Kollegen Aussprache halten zu können, sollen im Frühjahr, ähnlich wie im Jahre 1925, in einer Woche in allen Mitgliedschaften Versammlungen abgehalten werden. Die Kollegen haben dann Gelegenheit mitzuhelfen, unsere organisatorische und berufliche Zukunft zu gestalten.

Über die Auslegung der Positionen unserer Tarife sprach Kollege Herbst. Er griff besonders die Dinge heraus, die zur Zeit strittig sind und legte die Rechtsanschauungen dazu dar. Besonderer Gegenstand der Betrachtung war die Legitimierung bei Rechtsstreitigkeiten. Die Aussprache bewegte sich in der gleichen Richtung und trug Material bei, unsere Rechtsprechung vollkommener zu gestalten. Bemängelt wurden verschiedene Auskünfte des Tarifamtes der Chemigraphen, die, nach Ansicht der Redner, nicht einwandfrei waren.

Der Internationale Kongreß des Bundes der Lithographen, der nun endlich für Ende November nach Prag berufen ist, gab dem Kollegen Haß Anlaß, einige Ausführungen zu machen, die ohne Debatte gutgeheißen wurden. Da zu dem Internationalen Kongreß noch ausführlich Stellung genommen werden wird, kann einstweilen mit diesen Worten Genüge getan sein. Hervorgehoben sei nur noch, daß als Delegierte folgende Kollegen einstimmig berufen wurden: E. Herbst, P. Leinen und E. Henseke vom Verbandsverband, O. Winkler (Dresden) und S. Adlerstein (München).

Die Stellungnahme zur Interessenvertretung der Kollegen bei Behörden war notwendig geworden, weil sich Bestrebungen des Verbandes der Kollegen bei Behörden (Sitz Karlsruhe) zeigten, mit unserem Verbandsverband in engere Verbindungen zu kommen. Kollege Herbst trug den Sachverhalt vor. Da wir den Kollegen besondere Hilfe bei Vertretung ihrer Interessen nicht leisten können, und durch

den Graphischen Bund geschieht was möglich ist, soll ein freundliches Verhältnis gehalten werden. Den Kollegen wird empfohlen, örtliche Hilfe nicht zu versagen, wenn sie möglich ist.

Unter Punkt Verschiedenes stand besonders die Unterstützung bei Kurzarbeit zur Aussprache, weil von einigen Kollegen Verbandsunterstützung bei Kurzarbeit gefordert wurde. Solche Ansprüche wurden einstimmig abgelehnt. Bei dieser Aussprache wurde die Kurzarbeit einer besonderen Erörterung unterzogen. Obwohl die Kurzarbeit sich nicht schablonenmäßig über einen Leisten schlagen läßt, sei doch darauf verwiesen, daß ohne Verständigung mit der Belegschaft Kurzarbeit nicht angesagt werden kann. Wir legen den Kollegen besonders nahe, ohne Mitwirkung des Mitgliedschaftsvorstandes auf Kurzarbeit überhaupt nicht einzugehen, da sich Bestrebungen zeigen, die unterbunden werden müssen.

Ferner lagen noch Anträge auf Gewährung außerordentlicher Unterstützungen als der Verbandskasse vor. Nach eingehender Beratung und Prüfung aller Umstände und Bedingungen kam der Vorstand zu der Entscheidung, jegliche Sonderunterstützung aus der Verbandskasse, ganz gleich ob laufend oder einmalig, abzulehnen. Dem Vorstand wurde nur die Vollmacht erneuert, in ganz außergewöhnlichen Fällen helfend einzugreifen. Selbstverständlich steht es den Kollegen anheim, den Opfern der kapitalistischen Wirtschaftsweise nach Kräften helfend beizustehen. Wollen die Kollegen also für ihre in Not geratenen Kollegen über die satzungsgemäßen Unterstützungen hinaus noch etwas tun, muß es im Rahmen der Mitgliedschaft, also auf örtlicher Basis geschehen.

Nicht gerade erfreuliche Mitteilungen mußte Kollege Haß über die vom Verband gewünschte Verbindlichkeitserklärung des Chemigraphentarifbesitzers machen. Ganz im Gegensatz zu den Steindruckereibesitzern sind die Unternehmer im Chemigraphiegewerbe nicht dazu bereit, den Tarif für das Chemigraphiegewerbe gemeinsam zur Erklärung der Verbindlichkeit beim R.A.M. einzureichen. Es bleibt deshalb nichts weiter übrig, als ohne sie die Verbindlichkeitserklärung zu erlangen.

Zum Schluß besprach Kollege Herbst die im Umlauf befindlichen Verbandsstatistiken und wies auf deren Wert hin. Auch die Kollegen seien bei dieser Gelegenheit nochmals auf die Bedeutung der Statistik aufmerksam gemacht. Wollen wir uns wirksame Mittel im Kampfe um unsere Interessen verschaffen, müssen wir der Statistik größtes Augenmerk schenken. Eine Statistik geht es eben leider nicht! Die Kollegen sind deshalb nur gut beraten, wenn sie alle Statistiken gewissenhaft und pünktlich ausfüllen.

Nach Beantwortung einiger Anfragen schloß Kollege Haß die dreitägige Konferenz mit dem Bemerkung, daß in ernster Beratung gute Arbeit im Dienste der Kollegenschaft

geleistet worden ist. Und wir können uns diesem Urteil nur anschließen! Obwohl auch bei dieser Beratung hin und wieder die Ansichten hart aufeinander stießen, war Grundton aller Auseinandersetzungen das Wohlergehen der Kollegen. Leider ist das bei den Kollegenzusammenkünften und Aussprachen nicht immer so. Daß die Beratungen der verantwortlichen Verbandskörperschaften auch in Zukunft vom Geist der Kameradschaftlichkeit getragen sind, dafür bürgen Verlauf und Beschlüsse auch dieser Beirats-sitzung, die sicher ein Echo in der Kollegenschaft auslösen wird.

Der europäische Lebensstandard.

Das Internationale Arbeitsamt in Genf hat erstmalig die dankenswerte Aufgabe übernommen, die Veränderungen des Lohnstandes in verschiedenen Ländern statistisch darzustellen. Zweimal im Jahre, im August und Februar sollen diese in den Publikationsorganen des Amtes veröffentlicht werden. In dem Augustheft ist damit der Anfang gemacht worden. Es sind die Lohnveränderungen in sieben europäischen und fünf außereuropäischen Staaten aufgezeigt. Die europäischen Länder, die von den Erhebungen erfaßt werden konnten, sind: Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Schweden, die Tschechoslowakei und die Schweiz, während von den außereuropäischen Staaten Australien, die Südafrikanische Union, Kanada, Neuseeland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika diesmal Berücksichtigung gefunden haben.

Im folgenden sollen die Veränderungen des allgemeinen Lohnstandes in den aufgeführten europäischen Industriestaaten, über die Zahlen bisher vorliegen, betrachtet werden. Die aufgestellten Zahlenreihen sind nur in ihrer Bewegung vergleichbar, schwerlich untereinander, da für Deutschland beispielsweise die Stundenlöhne gelernter Arbeiter des gesamten Reiches und für Frankreich nur der Stundenlohn in verschiedenen Städten ohne Paris als Grundlage benutzt worden ist, während von Großbritannien nur Verhältnis-ziffern bekanntgegeben sind, die aus der Veränderung der Wochenlöhne errechnet wurden. Immerhin ist die Bewegung der Lohnveränderungen sehr aufschlußreich. Sie gestaltete sich in den drei europäischen Hauptindustrielländern Deutschland, England, Frankreich wie folgt:

	Deutschland		Frankreich		England	
	Stundenlohn in Pf.	%	Stundenlohn in Pf.	%	%	%
Vor dem Kriege	68	100	0,96	100	100	100
1927	99,5	146	3,51	720	170	175
1928	106,5	157	3,45	750	170	175
1. Quartal 1929	108,2	160	—	—	—	—

In Deutschland ist gegenüber der Vorkriegszeit eine 60prozentige Steigerung der Stundenlöhne gelernter Arbeiter eingetreten. Die Stundenlöhne der Ungelernten dagegen sind im gleichen Zeitraum nach den Angaben des Internationalen Arbeitsamtes um 99 Proz. gestiegen. Nun sind wir ja gewöhnt, derartige Ziffern immer mit großem Vorbehalt aufzunehmen, da uns durch die trüben Erfahrungen der Inflationsperiode nur allzu stark zum Bewußtsein gekommen ist, daß hohe Löhne uns nichts nützen, wenn ihnen nicht eine entsprechend hohe Kaufkraft innewohnt. Deshalb gehört neben jede Lohnstatistik die Indexziffer der Lebenshaltungskosten. Und deren Entwicklung zeigt recht deutlich, daß die von den Gewerkschaften erkämpften Lohnsteigerungen durch die steigende Teuerungswelle zu einem recht beträchtlichen Teil wieder aufgezehrt worden sind, stand doch der amtliche LebenshaltungsindeX im 1. Quartal dieses Jahres auf 154,7. In Frankreich sind die Löhne um 750 Proz. gestiegen, was seine Erklärung in dem stark gesunkenen Wert des französischen Franken findet, der in deutsche Währung umgerechnet, in Vorkriegszeiten 85 Pf. galt, während heute für einen französischen Franken etwa 16 Pf. bezahlt werden. Von England sind nur Verhältnis-zahlen veröffentlicht, die gegenüber 1914 eine 70 bis 75prozentige Lohnsteigerung ausweisen, wobei zu bemerken ist, daß der englische LebenshaltungsindeX im Durchschnitt des Jahres 1928 auf 156 stand. In obiger Tabelle konnte der Übersichtlichkeit halber nicht alle Vorkriegsjahre aufgeführt werden, jedoch sind die Meß-ziffer des englischen Durchschnittslohnes im Jahre 1922 schon einmal auf 250—255, als der LebenshaltungsindeX mit 175 ausgewiesen wurde. Seitdem ist der Lohn stärker reduziert worden, als die Teuerungswelle abebbte. Diese Bewegung scheint auch noch nicht zum Abschluß gekommen zu sein, wofür die erst jüngst in der Textilindustrie eingetretene Lohnkürzung Zeugnis ablegt. Das Industrieland England seufzt unter den Folgen des Krieges fast ebenso schwer wie jene Staa-

ten, die ihn verloren und deshalb noch Reparationslasten aufzubringen haben.

Die Löhne in den beiden wichtigsten nördlichen Staaten, Schweden und Dänemark, zeigen, wie auch in den anderen Ländern starke Schwankungen. Sie betragen

	Schweden		Dänemark	
	Stundenlohn Kronen	%	Stundenlohn Ore	%
Vor dem Kriege	0,40	100	50,2	100
1927	1,08	270	131,0	261
1928	—	—	128,0	255

Die gewaltige Lohnsteigerung in den beiden nördlichen Staaten erklärt sich aus der Tatsache, daß dort in Vorkriegszeiten verhältnismäßig niedrige Löhne gezahlt wurden, aus dem Steigen der Lebenshaltungskosten und einer verhältnismäßig guten Organisation der dortigen Industriearbeiterschaft. Während in Schweden 1927 gegenüber 1913 eine 170prozentige Steigerung der Löhne erreicht werden konnte, ist der LebenshaltungsindeX im gleichen Zeitraum um nur 51 Punkte gestiegen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Dänemark, wo einer Lohnsteigerung um 155 Proz. eine Steigerung der Lebenshaltung um rund 53 Proz. gegenüberübersteht. In diesen beiden Staaten konnten beachtliche Erhöhungen des Reallohnes durchgesetzt werden.

Es bleiben uns von den europäischen Staaten noch die Schweiz und Tschechoslowakei zu betrachten. Die Lohnentwicklung in diesen beiden Ländern ist in folgender Tabelle dargestellt.

	Schweiz		Tschechoslowakei	
	Tagesverdienst Frank	%	Stundenlohn Kronen	%
Vor dem Kriege	6,07	100	0,44	100
1927	12,56	207	4,04*	918
1928	12,20	201	—	—

In der Schweiz wurden also im Jahre 1928 doppelt so hohe Löhne gezahlt wie in Vorkriegszeiten, während sie in der Tschechoslowakei mehr als 9mal so hoch waren. Allerdings sind die Lebenshaltungskosten in beiden Ländern ebenfalls erheblich gestiegen, in der Schweiz auf 157, in der Tschechoslowakei (1926) auf 876. Während in der Schweiz der Reallohn eine Erhöhung erfahren hat, sind in der Tschechoslowakei wesentliche Verbesserungen in der Kaufkraft nicht feststellbar.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß der Weltkrieg in den Staaten, die an dem großen Völkerringen beteiligt waren, aber auch in den neutralen Ländern, auf die Löhne wie auf die Preise geradezu revolutionierend gewirkt hat. Überall wuchs damit das Tätigkeitsfeld der gewerkschaftlichen Organisationen, deren Ziel und Aufgabe es ist, die sozialen Bedingungen der Arbeiterschaft den veränderten Wirtschafts- und Preisverhältnissen anzupassen. Daß sie diese schwierige Aufgabe mutig in Angriff genommen haben und dadurch verhüten konnten, daß der werktätigen Bevölkerung allein die Abtragung der durch den Krieg verursachten Wirtschaftsschäden, unter denen ja alle Staaten zu leiden haben, aufgebürdet wurde, lehrt ebenfalls eine Betrachtung der oben zahlenmäßig dargestellten Veränderungen der Lohnstandes. Aber noch eine weitere Erkenntnis schöpfen wir aus dieser Aufstellung, nämlich daß es notwendiger denn je ist, auch auf den Preisstand Einfluß zu gewinnen, wenn der Reallohn steigen soll. Welche Wege die deutschen Gewerkschaften hier gehen wollen, ist aus den auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß zur Demokratisierung der Wirtschaft vorgeschlagenen Maßnahmen bekannt. Auch die Gewerkschaften der anderen europäischen Staaten stehen vor der Lösung dieses Problems, das heute zur Kernfrage der wirtschaftspolitischen Arbeit der Gewerkschaften geworden ist. Es wird deshalb in Zukunft auch im internationalen Rahmen mehr noch als bisher der Kampf um den Lohn nach zwei Fronten — Lohn und Preis — zu führen sein. F. V.

* Jahr 1926.

Kapitalkonzentration.

Die wirtschaftliche Entwicklung verlangt die Zusammenballung der Kapitalkräfte. Nach der Vereinigung der chemischen Industrie zum Farbentrust, der Montanwerke zum Stahltrust ist jetzt ein Riesens-Banktrust entstanden.

Auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie erklärte Dr. Kehl, einer der Direktoren der Deutschen Bank, daß sich die Erkenntnis der Zwangsläufigkeit weiterer Zusammenschlüsse unaufhaltsam durchsetzen werde. Er fügte hinzu, daß er, so weit die Banken in Frage kämen, soeben ein lautes Selbstgespräch geführt habe. Trotzdem kam, wenige Tage später, der Zusammenschluß der Deutschen Bank und der Diskonto-Gesellschaft völlig überraschend.

Das Eigenkapital der neuen Bank, einschließlich der Reserven beträgt 445 Mill. RM., die fremden Gelder, die ihr geliehen wurden und die sie weiter an die Wirtschaft verleiht, betragen rund 5,5 Milliarden RM. Die Bank verfügt also über

eine Kapitalmacht von rund 6 Milliarden RM. Sie beherrscht etwa ein Drittel des deutschen Kapitalmarktes.

Der Direktor der Deutschen Bank, Oskar Wassermann, erklärte, daß die Durchführung der Verschmelzung etwa ein bis zwei Jahre in Anspruch nehmen werde. Er erwartet, daß dieser Zusammenschluß für die ganze deutsche Wirtschaft fördernd und beispielgebend sein werde. Die Gründung der Bank sollte insbesondere die Kapitalbildung fördern. Eine gewisse Kapitalbildung sei zwar in Deutschland vorhanden, aber sie sei zu stark zersplittert und müsse einheitlicher gelenkt werden. Die Zusammenlegung soll ferner eine durchgreifende Rationalisierung des Bankbetriebes ermöglichen. Die Filialnetze der beiden Banken haben sich fast überall im Reich überschritten. Es wird jetzt möglich sein, die Doppelbetriebe einzustellen — und die dadurch überflüssig gewordenen Arbeitskräfte zu entlassen. — Natürlich werden die Direktoren der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft, wie die neue Firma heißt, nicht von der Sorge um die Volkswirtschaft und um das Wohlergehen des deutschen Volkes erdrückt. Innen kommt es nicht auf die Kapitalbildung schlechthin an, sondern darauf, daß sich Kapital in ihren eigenen Taschen bilde, und daß der allmächtige Kapitalstrom durch ihre eigenen Hände gehe. So wird die kommende Rationalisierung den Direktoren und Aufsichtsräten auch nicht wehe tun, sondern nur Vorteile bringen. Sämtliche Aufsichtsräte der beiden Gesellschaften werden von der neuen Firma übernommen. Einige Direktoren der Diskonto-Gesellschaft werden zurücktreten und nach entsprechenden Abfindungen ebenfalls Ehrenmitglieder des Aufsichtsrates werden. 118 Mitglieder wird dieses Monstrum von Aufsichtsrat enthalten, die sich mit dem Einstecken von Tantiemen beschäftigen werden.

Die Rationalisierung nach unten sieht anders aus. Die Deutsche Bank beschäftigt gegenwärtig ein Personal von 13000, die Diskonto-Gesellschaft von 7000 Köpfen. Dazu kommen noch einige Tausend Angestellte in abhängigen Bankbetrieben. Die Diskonto-Gesellschaft hat jetzt schon mit Entlassungen begonnen. 400 Angestellten ist bereits gekündigt, tausende werden wohl nachkommen.

Es ist zu erwarten, daß eine neue Konzentrationswelle durch die deutsche Wirtschaft gehen wird. Weitere Zusammenschlüsse im Bankgewerbe dürften binnen kurzem folgen, unter diesem Druck wird auch die Industrie zu stärkerem Zusammenballen gezwungen. Wer von den Unternehmern die Konzentrationsbewegung nicht mifmachen will, wird früher oder später an die Wand gedrückt. Die Arbeiterschaft stemmt sich nicht gegen diese Entwicklung, denn sie erkennt ihre Unvermeidbarkeit und Notwendigkeit, sie muß sich aber mit aller Kraft dagegen wehren, daß sie die Kosten der Rationalisierung trägt, während die Unternehmer den Gewinn einstecken. Die Rationalisierung sieht heute so aus: Steigende Direktorengelälter, Übersetzung der leitenden Stellen, aufgeblähte Aufsichtsräte, steigende Börsenurse, und tausende und hunderttausende von Arbeitern und Angestellten, die auf die Straße geworfen werden, und deren Arbeitslosenunterstützung abzubauen sich die Unternehmer alle Mühe geben.

Das Großkapital rüstet zu neuen Angriffen. In den bevorstehenden Gemeindevahlen ist ein Schlag gegen die Gemeinwirtschaft geplant. Auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie verlangte der Direktor der Deutschen Bank, Kehl, daß die Gemeinden ihre kurzfristigen Schulden durch Abgabe von Teilen der Substanz, also durch Verkauf von Gemeindebetrieben, decken sollten. Ein Sieg der Rechten würde unter andern die Auslieferung städtischen Eigentums an das Privatkapital bedeuten.

Für den beginnenden Winter steht der Kampf um die Summe bevor, um die der Youngplan den Reichsetat entlastet, d. h., etwa 500 Mill. im laufenden Rechnungsjahr und 650 Mill. im kommenden. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat seine Forderungen „bezüglich Änderung der Wirtschafts-, Sozial- und vor allem Finanzpolitik des Reiches“ schon angekündigt. Duisberg, der Vorsitzende des Reichsverbandes, ist entschlossen, seine Forderungen „unablässig und unerbittlich“ zu vertreten.

Zweifelloos ist gerade durch den Zusammenschluß des Kapitals die Stoßkraft des Kapitals beträchtlich gewachsen. Die Arbeiterschaft muß darum auch ihre Organisationen ausbauen und ihre Schlagkraft erhöhen. Sie muß weiter versuchen, Einfluß auf die immer mächtiger werdenden Riesengebilde der Wirtschaft zu bekommen und braucht dazu eine starke Vertretung in den Parlamenten. Konzentrierung des Kapitals und Demokratisierung der Wirtschaft müssen Hand in Hand gehen, bis sie schließlich in die Sozialisierung der Wirtschaft einmünden.

RECHT UND GESETZ

Das Elend der Krankenkassenzersplitterung.

Der im August d. J. in Nürnberg abgehaltene 33. deutsche Krankenkassentag ist für die weitere Entwicklung der deutschen Sozialversicherung von erheblicher Bedeutung. Das kam nicht nur in dem starken Besuch dieser Tagung, sondern auch in den zur Behandlung stehenden Vorträgen zum Ausdruck. Den wichtigsten Beratungsgegenstand bildeten die Leitsätze zur Reform der Reichsversicherungsordnung, womit die hierzu schon seit Jahren von den Krankenversicherungsträgern erhobenen Forderungen zur Entscheidung gestellt wurden. Diese betreffen nicht das gesamte Gebiet der Reichsversicherungsordnung, sondern beschränken sich im wesentlichen auf die Krankenversicherung und ihr Verhältnis zu den anderen Zweigen der Sozialversicherung. Deshalb sind sie jedoch nicht weniger bedeutungsvoll, weil von ihrer Durchführung die endliche Beseitigung jahrzehntelanger bestehender und die weitere soziale Ausgestaltung der Krankenversicherung hemmender Mißstände erwartet wird.

Die Krankenversicherung ist der älteste Zweig der deutschen Sozialversicherung. Aber obwohl seit ihrer Einführung 46 Jahre vergangen sind, und sie in dieser Zeit zahllosen Änderungen oder Reformen unterworfen wurde, haften ihr noch immer schwere Mängel an, die ihre Leistungsfähigkeit beeinträchtigen. Zu den schlimmsten dieser Mängel gehört die allen versicherungstechnischen Erfahrungen Hohn sprechende Zersplitterung des Krankenversicherungswesens. Davon sind zwar auch die übrigen Versicherungszweige nicht frei. Auch sie leiden unter einem organisch verfehlten Aufbau, einem Neben- und Durcheinanderarbeiten ihrer Träger, das ihnen die Erfüllung ihrer Aufgaben unnötig erschwert. Ein gleicher Widersinn von Überorganisation und sozial unverantwortlicher Zersplitterung ist jedoch auf keinem anderen Versicherungsgebiete vorhanden.

Mit vollem Recht wurde von dem Hauptreferenten des Krankenkassentages betont, daß die für die öffentliche und private Wirtschaft angestrebte Rationalisierung auch auf die Sozialversicherung ausgedehnt werden müsse. Wie sieht es in dieser Beziehung bei der Krankenversicherung aus? Nach den statistischen Feststellungen für 1927-28 sind hier rund 20. Millionen Versicherte vorhanden. Die Zahl der reichsgesetzlich zugelassenen Krankenkassen betrug 7461, wovon auf die einzelnen Kassenarten entfielen:

2148 Ortskrankenkassen mit	13,22 Mill. Mitgl.
428 Landkrankenkassen mit	2,03 Mill. Mitgl.
4041 Betriebskrankenkassen mit	3,38 Mill. Mitgl.
812 Innungskassen mit	0,52 Mill. Mitgl.
32 Knappschaftskrankenkassen mit	0,78 Mill. Mitgl.

Hinzu kommen noch eine Reihe Ersatzkrankenkassen, Zuschußkassen und Privatkrankenkassen, von denen jedoch nur die Erstgenannten von wesentlicherer Bedeutung sind. Es bestehen also innerhalb der deutschen Krankenversicherung sechs verschiedene Kassenarten oder Versicherungsträger, die alle den gleichen Zweck verfolgen, obwohl dieser durch eine Kassenart nicht nur ebensogut, sondern besser erfüllt werden könnte.

Der bestehende Organisationsaufbau der deutschen Krankenversicherung schlägt so allen Forderungen nach Zweckmäßigkeit, Einheitlichkeit und Sparsamkeit ins Gesicht und zeigt Formen, die bei Beginn der sozialen Versicherung begreiflich waren, heute aber längst überlebt sind. Das trifft besonders für die Betriebs-, Innungs- und Ersatzkassen zu, denen jede Daseinsberechtigung abgesprochen werden muß. Ihre Existenz steht nur der Entwicklung einer modernen und sozial leistungsfähigeren Krankenversicherung im Wege. Die ungeheure Zahl kleiner und kleinster Krankenkassen drückt die sozialen Leistungen herab und ruft Mißstände hervor, unter denen sowohl die Versicherten wie die Allgemeinheit zu leiden haben, wofür nur auf die Mitwirkung der Krankenkassen bei der öffentlichen Gesundheitsfürsorge, Bekämpfung der Berufskrankheiten usw. erinnert zu werden braucht. Wie jeder Versicherungsträger, haben auch die Krankenkassen mit einem bestimmten Risiko zu rechnen, das wesentlich leichter zu tragen ist, wenn es sich auf eine große Mitgliederzahl verteilt. Deshalb ist die größere Leistungsfähigkeit stets bei den großen Krankenkassen festzustellen.

Dieser Umstand findet jedoch bei der Krankenversicherung nur wenig Berücksichtigung, wie daran zu sehen ist, daß neben Krankenkassen mit einem Mitgliederstand von Hunderttausenden noch Kassen bestehen, deren Mitgliederzahl im Durchschnitt kaum hundert Versicherte aufweist. Solche Fälle sind keineswegs selten. Im Jahre 1927 hatten 743 Betriebs- und 179 Innungskrankenkassen, zusammen also 922 Krankenkassen, im Durchschnitt weniger als 150 Mitglieder. Fast sechs

Zehntel aller Kassen hatten höchstens 1000, fast neun Zehntel höchstens 5000 Mitglieder. Demgegenüber wiesen nur 17 Kassen, darunter 15 Ortskrankenkassen, einen Mitgliederstand von 50 000 bis 100 000 auf, während dieser bei 16 Kassen, davon 12 Ortskrankenkassen, über 100 000 hinausging. Nahezu ein Drittel aller Mitglieder war in Kassen mit höchstens 5000 Mitgliedern, 21 Proz. in Kassen mit mehr als 100 000 Mitgliedern versichert.

Auf die Dauer ist dieser Zustand nicht aufrecht zu erhalten, er muß beseitigt werden! Auch der Krankenkassentag stellte sich durch die mit großer Mehrheit erfolgte Annahme der aufgestellten Leitsätze zur Reform der Krankenversicherung auf diesen Standpunkt. Dagegen stimmen geschlossen die Arbeitgeber! Das mag etwas überraschen und unverständlich erscheinen, wenn man bedenkt, daß die Unternehmer nicht laut genug über die hohen Lasten der Sozialversicherung schreien können und fortgesetzt deren Verminderung fordern. Die Beseitigung der Zersplitterung der Krankenversicherung wie auch die sonst angestrebten Reformen würden zweifellos eine Entlastung der Krankenkassen und eine Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit herbeiführen, ohne höhere Beiträge zu erfordern. An einer solchen materiellen und sozialen Verbesserung der Sozialversicherung liegt jedoch den Unternehmern nichts. Ihr Ziel ist, die Sozialversicherung zu unterminieren, ihren Zusammenbruch herbeizuführen. Diesem Ziel dient auch die von ihnen vertretene Niedrighaltung der sozialen Leistungen sowie die Zersplitterung der Sozialversicherung durch Sondereinrichtungen. Daher auch die Bestrebungen auf Errichtung weiterer Innungs-, Betriebs-, Land- und Ersatzkrankenkassen. Absicht dabei ist die Zersplitterung zu vermehren, eine durchgreifende Reform zu verhindern und schließlich die Unzufriedenheit und Uneinigkeit der Versicherten zu einem vernichtenden Stoß gegen die Sozialversicherung zu benutzen.

Daß dahingehende abenteuerlich anmutende Absichten bestehen, ist aus der Bekämpfung der Sozialversicherung durch die Presse der Unternehmer, Broschüren, sonstigen Druckerzeugnissen und sogenannten „Aufklärungsvorträgen“ deutlich genug zu erkennen. Scheut man sich doch hierbei nicht, die deutsche Sozialversicherung als Frevler am Volke zu bezeichnen. Diese Hetze der Unternehmer gegen die Sozialversicherung ist eine durchaus planvolle und systematische. Sie verstehen dieses Geschäft ganz ausgezeichnet und arbeiten keineswegs erfolglos. Indem sie neben der Ausnutzung ihres politischen Einflusses die öffentliche Meinung für ihre Zwecke bearbeiten, wälzen sie der sozialen Entwicklung immer neue Steine in den Weg, womit sie den sozialen Fortschritt, wenn auch nicht verhindern, so doch erheblich erschweren und verlangsamen. Hierin finden sie bedauerlicherweise bei der national eingestellten Arbeitnehmerschaft willfährige Unterstützung. Um so notwendiger ist die Einigkeit und Geschlossenheit aller sozial und solidarisch denkenden Arbeitnehmer, um diese Bestrebungen gegenstandslos zu machen.

Mattulat.

Wann wird der Arbeiter Invalide?

Es ist von den freien Gewerkschaften schon mehr als einmal darauf hingewiesen worden, daß infolge der Rationalisierungsmaßnahmen der Wirtschaft die Arbeitskraft der arbeitenden Bevölkerung viel mehr als in früheren Zeiten ausgenutzt wird. Der Arbeiter steht heute in einem viel früheren Lebensalter am Ende seiner Kräfte wie in früheren Jahrzehnten oder in früheren Jahren. Betrachtet man die Statistiken der Sozialversicherungsträger (Krankenkassen, Invalidenversicherung usw.), so kann man unsicher feststellen, daß die Fälle der Leistungsansprüche immer mehr steigen. Der von den freien Gewerkschaften schon mehr als einmal gestellte Antrag, die Invalidenrente schon nach Vollendung des 60. Lebensjahres zu gewähren, wurde bis heute immer abgelehnt. Es geschah dies stets mit der Begründung, daß hierzu kein Geld vorhanden sei. Auch der Hinweis darauf, daß ein Verlegen der Rentenberechtigung auf ein früheres Lebensalter den Arbeitsmarkt erleichtern würde, hat die gesetzgebenden Körperschaften nicht dazu gebracht, die Rente generell schon von einem früheren Lebensalter an zu gewähren. Diese Weigerung ist um so merkwürdiger und weniger verständlich, als heute schon feststeht, daß die wenigsten Rentempfänger ihre Rente erst nach Vollendung des 65. Lebensjahres erhalten. Es ist vielmehr Tatsache, daß die Mehrzahl der Arbeiter körperlich oder geistig in einem viel früheren Alter so abgewirtschaftet sind, daß die Voraussetzungen zur Rentengewährung eintreten.

Nach einer in den „amtlichen Nachrichten für die Reichsversicherung“ veröffentlichten Statistik

kamen im Jahre 1927 zu den bisherigen Invalidenrentenempfängern insgesamt 245 492 Rentenempfänger. Von diesem Zugang waren 151 630 Antragsteller noch nicht 65 Lebensjahre alt. Nur 93 962 Rentenempfänger hatten das vorgeschriebene Rentenalter von 65 Lebensjahren erfüllt. Es waren demnach 61,74 Proz. Empfänger noch nicht 65 Jahre alt und mußten trotzdem die Rente erhalten, da sie auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr verwendbar waren. Nur 38,26 Proz. hatten bei Beginn der Rente das 65. Lebensjahr vollendet. Man kann aus diesen Zahlen erkennen, daß rund sechs Zehntel der Rentenempfänger bei Beantragung bzw. Beginn der Rente das eigentliche rentenberechtigte Alter (65 Jahre) noch nicht erreicht hatten. Interessant und gleichzeitig lehrreich ist auch die Feststellung, daß die im Jahre 1927 neu hinzugekommenen Invalidenrentenempfänger ein Durchschnittsalter von nur 56,8 Jahren hatten. Es ist demnach im Alter von 56 Jahren durchschnittlich jeder Proletarier mit seinen Kräften so weit fertig, daß er die nicht leichten Bedingungen des Rentenbezuges erfüllt. Selbstverständlich ist das Rentenalter bei den einzelnen Landesversicherungsanstalten ganz verschieden. So wurden im Jahre 1927 beispielsweise von der Versicherungsanstalt Oberbayern Renten neu gewährt an Personen unter 65 Jahren in 70,56 Proz. der Fälle, dagegen an über 65 Jahre alte Personen in nur 29,44 Prozent der Fälle.

Diese Zahlen sind in zweierlei Hinsicht bemerkenswert. Einmal zeigen sie, daß die Arbeitskraft der übergroßen Mehrzahl der Proletarier schon weit vor dem 65. Lebensjahre erschöpft ist. Weiter erkennt man aus denselben, daß eine Herabsetzung des Rentenalters für die Versicherung gar keine so große finanzielle Mehrbelastung bedeuten kann, da ja die Mehrzahl der Renten sowieso schon früher gewährt werden muß. K.-s.

Tagung des Unterausschusses für Unfallverhütung.

Der Unterausschuß für Unfallverhütung beim Internationalen Arbeitsamt in Genf hat kürzlich seine 3. Tagung in Berlin abgehalten. Auf der Tagung waren 20 Sachverständige auf dem Gebiete der Unfallverhütung aus 10 Ländern vertreten. Zum Vorsitzenden wurde ein deutscher Sachverständiger, Geheimrat Leymann, gewählt.

Angesichts der wachsenden Bedeutung dieses Ausschusses ist beabsichtigt, den Kreis der Sachverständigen für die künftigen Arbeiten zu erweitern. Insbesondere soll dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes vorgeschlagen werden, Vertreter der Behörden sowie der Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, der Berufsgenossenschaften usw., die sich mit der Unfallverhütung befassen, als Sachverständige heranzuziehen.

Der Leiter der wissenschaftlichen Abteilung des Internationalen Arbeitsamtes, Prof. Maurette, wies auf die Bedeutung des Films für die Unfallverhütung hin. Er teilte mit, daß das Internationale Arbeitsamt im Verwaltungsrat des Internationalen Lehrfilm-Instituts in Rom vertreten ist und auch dort der Frage der Unfallverhütung besondere Beachtung schenkt. Tatsächlich sind auf den letzten Tagungen der Internationalen Arbeitskonferenz Unfallverhütungsfilme vorgeführt worden, die trotz gewisser Mängel gezeigt haben, daß der Film in Zukunft berufen ist, in der Unfallverhütungpropaganda eine entscheidende Rolle zu spielen. Aus diesem Grunde hat das Internationale Arbeitsamt dem Sachverständigenausschuß eine Denkschrift über die besten Verfahren zur Herstellung von Unfallverhütungsfilmen vorgelegt, die den Sachverständigen als Grundlage ihrer Beratungen zu dieser Frage diente. Die Erfahrungen mit der Vorführung von Unfallverhütungsfilmen haben gezeigt, daß diese Art des Films einer außerordentlich sorgfältigen Vorbereitung, insbesondere in psychologischer Hinsicht bedarf. Es ist oft nicht leicht, bei der Aufnahme alle Vorgänge auszuschalten, die beim Laien eine falsche Vorstellung erwecken könnten.

Der Ausschuss beriet weiter die Frage der Unfallverhütung bei Herstellung und Verwendung von Azetylen zum Zwecke der Aufstellung und Veröffentlichung einer Monographie über diese Frage. Eine weitere Monographie, die vom Internationalen Arbeitsamt demnächst veröffentlicht wird, betrifft den Schutz der an Pressen beschäftigten Arbeiter. Auch hier haben die Sachverständigen durch ihren auf internationalen Erfahrungen beruhendem Meinungsaustausch die Klärung einer für die Unfallverhütung wichtigen Frage wesentlich gefördert.

Es sei hier erwähnt, daß das Internationale Arbeitsamt vor kurzem bereits eine Monographie über „Zentrifugen, ihre unfallsichere Konstruktion und Handhabung“ veröffentlicht hat.

VERBAND UND BERUF

Unter der Lupe!

Sumpfblassen.

Ob es uns angenehm ist, öfters einmal aufzuzeigen wie es aussieht in dieser „göttlichsten“ aller Weltordnungen? Das muß eine offene Frage bleiben, denn zunächst zwingt uns der Gegner dazu, weil er keine Gelegenheit vorübergehen läßt, die Schuld auf die zu hohen Löhne abzuwälzen, wenn da und dort mal eine Firma zusammenbricht, und weil er uns bei jeder Lohnverhandlung im Betriebe oder bei Tarifverhandlungen immer wieder solche Rechnungen präsentiert. Also, daß wir uns damit beschäftigen, ist zwangsläufig.

Es stinkt wieder einmal stark im kapitalistischen Sumpf. Große mächtige Blasen sind geplatzt, die gerade nicht nach kölnischem Wasser riechen. Die kleinen sind etwas alltägliches und groß an der Zahl, werden deshalb kaum noch beachtet, sie sind beinahe schon legal. Die großen: Frankfurter Versicherungsgesellschaft, Raifeisen-Bank und als letzter die Gebrüder Sklarek. Von einem kleinen will ich aber hier erzählen.

Vor zirka zwei Jahren fanden in der Firma W. in S. Verhandlungen über Stilllegungen statt. Wenn ich Tage vorher war in der Firma ein neuer Direktor eingekehrt und er hatte im Handumdrehen heraus, daß in dem Betrieb die Steindruckerei, Buchdruckerei und der Lichtdruck sowie der Verlag als unrentabel abgestoßen werden müssen und nur die keramische als einzig einträgliche erhalten werden könne. Deshalb der Stilllegungsauftrag. Die verdächtige Eile, den Betrieb zu zerstücken und nunmehr einen Bruchteil davon aufrecht zu erhalten, was sonst doch als unrentabel bezeichnet wird, hatte mich schon stutzig gemacht, besonders da ich erfuhr, daß dieser „Neue“ kurz vorher in Berlin bei einer anderen Firma die gleiche Attacke geritten hatte. Bei den Verhandlungen gab er an, bestellt zu sein, den Betrieb auf eine gesunde Basis zu bringen. Noch mehr aber mußte stutzig machen die Tatsache, daß für 181 000 RM. Aufträge vorhanden waren, daß an Außenständen 204 000 RM., wovon verfügbar 160 000 RM. wären, die zwei Monatsumsätzen entsprächen, alles nach den Angaben des „Neuen“. Und noch mehr mußte auffallen, daß der „Neue“ bei den Verhandlungen eifrigst bemüht war, den Betrieb als total verwahrlost herunterzureißen. Ich setzte mich damals mit anderen anwesenden Vertretern energisch gegen die Zerschlagungsmaßnahmen zur Wehr und wenn der Vertreter der Behörden seine Pflicht energisch wahrgenommen hätte, dann wäre das Spiel nicht so leicht gefallen. Ohne einen direkten Beweis zu haben, war es mir doch klar, daß hier jemand bei dieser Zerschlagung ein besonderes Geschäft machen will und daß gerade deshalb die Zerschlagung so eifrig betrieben würde. Was damals nicht beweisbar war, steht heute nach zwei Jahren fest.

Ich hatte dieser Tage eine Aussprache mit dem jetzigen Direktor der Firma, Ohne daß ich selbst darauf zu sprechen kam, klagte mir dieser, daß er den Betrieb in einem geradezu ungläublichen Zustande übernommen hätte. Sein Vorgänger habe durch den Verkauf von Maschinen den Betrieb reif für den Zusammenbruch gemacht. Noch 6 Maschinen kleinsten Formats für keramischen Druck seien vorhanden gewesen und er sei jetzt erst wieder daran, den Betrieb aufzubauen. Zurzeit habe er zehn Maschinen für Keramik und sei daran, sich wieder Stein- und Offsetdruck sowie etwas Buchdruck anzuschaffen. Ich sagte ihm, es wäre mir sehr interessant, das von ihm zu hören und erzählte ihm darauf von den Stilllegungsverhandlungen und von meinen Vermutungen. Darauf erfolgte die ganz eindeutige Antwort: Da haben Sie sehr richtig gesehen, ich habe damals, als ich den Betrieb übernahm, dem Herrn B. (der damalige „Neue“) schon nach kurzer Zeit das Haus verboten. Es war wirklich eine Ungeheuerlichkeit, was aus dem Betriebe gemacht wurde.

So sieht es aus. Der Schutzverband wird aber gut tun, diesen Fall aus seiner Liste zu streichen, wenn er uns diese wieder einmal vorlegt und sie einmal daraufhin durchzusehen, wie oft persönliche Bereicherung eines Verantwortlichen zum Zusammenbruch der Firma geführt hat. In der nächsten Zeit werde ich mit einem neuen Fall aufwarten, bei dem man sich schon die Nase zuhalten muß, so unangenehm ist es, sich damit zu beschäftigen.

Preisschleuderei.

Es ist heute wirklich ein offenes Geheimnis, daß ein erheblicher Teil der Unternehmer zu den übleisten Preisdrückern im Gewerbe gehört. Mit dieser Feststellung ist zwar nichts neues gesagt, aber es ist immer wieder notwendig sie zu treffen, denn auch diese Seite gehört in das Gebiet der Zusammenbrüche und hat noch ein anderes für uns noch wichtigeres: daß des Lohndruckes. Jeder Lohnforderung von Selten der Gehilfen wird heute damit begegnet, daß sie nicht zu tragen wäre, die Konkurrenz wäre zu scharf, die Preise von der

bösen Konkurrenz auf das äußerste gedrückt, und wenn man zu 50 Unternehmern kommt, so kann man sicher von allen das gleiche hören, immer sind die anderen daran schuld. Hilflos steht der Schutzverband diesem Treiben gegenüber. Es wird zwar alles mögliche versucht, Berechnungsstellen und ähnliches eingeführt, aber nur damit gerechnet, mit moralischem Druck die Schleuderer zur Raison zu bringen. Man ist versucht zu lachen, besonders wenn einem die Pappenheimer, die es angeht, bekannt sind, genau so bekannt wie dem Unternehmervorstand. Und wie oft ist mir schon gesagt worden, es wäre eigentlich Sache des Gehilfenverbandes hier einzugreifen. Wenn ich antwortete, wir sind bereit dazu und kennen auch das Mittel, das anzuwenden ist: schließen Sie doch die Leute aus Ihrem Verband aus und überlassen Sie dieselben uns einmal ein halbes Jahr, so wird das sofort begriffen und als gut befunden. Noch dieser Tage sagte mir einer, das wäre der einzig richtige Weg. Ich meinte: Ja, aber davon will Ihre Organisation nichts wissen.

Noch eine Aussprache sei hier festgehalten, die bei einer Unterredung über das gleiche Thema von einem Direktor einer der allergrößten Firmen Deutschlands fiel; nachdem er vorher die Eignigkeit der Arbeiter, der Zerrissenheit der Unternehmer gegenüberstellte: „Einig sind sie nur, wenn es gegen die Arbeiter geht, Sie sollten einmal dabei sein wie geflüchtete um Pfennige wird bei den Löhnen und wie die Tausender herausgeworfen werden, wenn es um die Preise geht“.

Nur soviel für heute.

Bitter.

Überstunden?

Eigentlich sollte es Überstunden in dieser Zeit der großen Arbeitslosigkeit im Steindruckgewerbe überhaupt nicht geben, meinte ein Kollege, der seit dreiviertel Jahr erwerbslos ist, und bei dem die Krisenunterstützung nächstens abläuft. Wenn vermeidbare Überstunden, die in hoher Zahl geschoben werden, verweigert würden, so könnte ein großer Teil der arbeitslosen Kollegen, und wenn es nur für einige Wochen als „Schlichter“ wäre, eingestellt werden. Nicht möglich, wagte ich ihm zu antworten. In den mir bekannten Betrieben wird eher ab und zu einige Wochen kurz gearbeitet. Und wenn mal voll gearbeitet wird, so scheint mir es volkswirtschaftlich von einem gewissen Werte für den schmalen Geldbeutel der meisten unserer Kollegen zu sein, wenn sie Freitags ein paar Mark mehr einstecken können, weil sie einen eiligen Umdruck in Überstunden fertig gemacht, eine Auflage ausgedruckt, Oberarbeit zur Einhaltung eines Liefertermins gemacht haben. Wenn ihr Lohn zur Lebenshaltung nicht ausreicht, meinte der erwerbslose Kollege, dann sollten sie Zulage verlangen, damit das Lohnniveau gehoben werde in unserem Gewerbe. Daß die Flaute von den untragbaren Löhnen eine Flaute ist, kann ja eben am besten aus dem Umstand geschlossen werden, daß die Unternehmer so schnell mit Überstundenforderungen, auch Feiertags, wo es 100 Proz. Zuschlag gibt, zur Hand sind, wenn die Arbeit ein bißchen drängt, statt daß sie die verschwindend geringen Anteile zu den Versicherungsbeiträgen für einen oder einige einzustellende Aushilfen oder „Schlichter“ zahlen. Nein, um des Grundsatzes willen zahlen sie lieber die erheblich höheren Überstundenzuschläge, obgleich sie wissen, daß der Gehilfe, der seine 8 oder 8½ Arbeitstunden hinter sich hat, in den folgenden Überstunden an Menge und Güte der Arbeitsleistung nachläßt. Aber auf Gehilfenseite kommt eine noch größere Unterlassung hinzu, die einem Verbrechen an den arbeitslosen Kollegen gleichkommt, nämlich die Außerachtlassung der klaren Bestimmung des Betriebsrätegesetzes im § 78 Absatz 2. In vielen Fällen wird von Auchkollegen bedenkenlos Überarbeit geleistet, ohne daß der Betriebsrat davon weiß. Wenn ganze Abteilungen Überstunden machen sollen, dann wird mal ein Anschlag verbrochen, den der Unternehmer und der Betriebsrat unterschrieben hat. Diese Überarbeit ist auch meistens begrenzt. Aber die Überarbeit einzelner, von denen sich manche sogar nicht schämen, sich dazu anzubieten, das ist der große Krebschaden in unserem Gewerbe. Aber diese Überstundenschieber finden eine mächtige Stütze in der Tarifbestimmung § 4 Absatz 1, nach der Überstunden nicht verweigert werden dürfen. Das ist eine Zwangsbestimmung, die aus dem Tarif heraus müßte, weil sie die verhängnisvollsten Folgen nach sich zieht, ja schon zu arbeitsgerichtlichen Entscheidungen geführt hat, in denen Betriebsratsmitglieder, die die Genehmigung zu Überstunden ablehnten, der Kündigungsschutz aberkannt wurde, eben mit der Begründung, daß diese Zwangsbestimmung eine Ausnahme auch bei Mitgliedern des Betriebsrates nicht zulasse. Ebenso hilflos für viele Kollegen, wie die angeführte Bestimmung im § 4 Absatz 1 ist die im § 4 Absatz 2, welche die Überstundenzahl auf jährlich

120 begrenzt. Da gibt es Gehilfen, die nicht eher ruhen, als bis sie die 120 Überstunden voll haben, für welche die Zahl also nicht eine Höchstgrenze, sondern eine ungefähre Richtzahl ist. Das glaubt ihr nicht? Nehmt euch einmal die Mühe und geht jetzt, wo die Tage kürzer werden, an den Geschäften vorbei. Und ihr werdet zu eurem Erstaunen, soweit ihr Beschäftigung habt, zu Verwünschungen hingerissen, soweit ihr erwerbslos seid, sehen, daß da bis 8 oder 9 Uhr abends gewerkelt wird. Dann verlöschen die Lichter und die traurigen Gestalten der Überstundenschieber schleichen heimwärts. Das sind keine Schichtarbeiter, das sind arme, feige, unsolidarische Kapitalknechte. Daß es wirklich so etwas geben kann, geht aus der Mitteilung auf einer Bezirksversammlung hervor, nach der ein Betriebsrat die Genehmigung erteilt hat, daß einzelne Kollegen 4-5 Überstunden leisten durften, obgleich die Zahl im Tarif auf höchstens 2 begrenzt ist, und das eine Woche lang. Wir Armen aber stehen draußen mit unseren Zeugnissen über jahrzehntelange, zur Zufriedenheit geleistete Arbeit, und können und können nicht Stellung finden, auch nicht als „Schlichter“ oder zur Aushilfe, weil die Einsichtslosigkeit solcher Auchkollegen oder ihr böser Wille es verhindert.

Fabius.

Vorsicht!

Die Schwierigkeit des Warenabsatzes während einer Wirtschaftskrise ist allgemein bekannt. Ebenso, daß Firmenvertreter hin und wieder zu Mitteln greifen, um ihre Waren an den Mann zu bringen, die zwar nicht direkt ungesetzlich sind, aber mit dem realen Handel in allerstärkstem Widerspruch stehen. Deshalb gehen durch die Arbeiterpresse gelegentlich Warnungen, die durchaus berechtigt sind.

Auch wir möchten die Kollegen auf Dinge aufmerksam machen, die der Beachtung wert sind. Wie aus Mitteilungen hervorgeht, werden von Reisenden und Firmenvertretern die Namen unserer Verbandsfunktionäre dazu benutzt, in Kollegenwohnungen Eingang zu finden um ihre Waren absetzen zu können. Bei dem Warenangebot wird dann noch darauf verwiesen, daß der Kollege XY ebenfalls gekauft habe und die Ware nur bestens empfohlen könne. Da dem betreffenden Kollegen der genannte Funktionär als wahrhaftiger Mensch bekannt ist, kauft er und ist zumelst der Reingefallene.

Wir möchten den Kollegen im Eigeninteresse auf das dringendste nahelegen, so angebotene Waren unter allen Umständen abzuweisen und ihre Frauen in der gleichen Weise zu unterrichten. Gute Ware spricht für sich selbst und empfiehlt sich selbst. Bekannt ist, daß man in der Konsumgenossenschaft immer gut kauft.

Wir möchten diese Gelegenheit auch nicht vorbegehen lassen, ohne darauf zu verweisen, daß kein Verbandsfunktionär berechtigt ist, auf Grund seines Verbandsamtes Geschäftsleuten Empfehlungen auszustellen, die dann zu allerhand Mißbräuchlichem verwendet werden. Wir wissen auch, daß das von den Funktionären nicht geschieht. Aber die Kollegen wissen es zumelst nicht und werden deshalb Opfer der Täuschung. Darauf ist ja zumelst das ganze Tun solcher Reisenden abgestellt. Und wenn dann die gelungene Täuschung festgestellt wird, hat der Kollege neben dem Schaden auch noch den Spott zu tragen. Wir raten deshalb den Kollegen gut, bei solchen Warenangeboten vorsichtig zu sein. Wird gar noch behauptet, daß ein Funktionär des Verbandes die angebotenen Waren besonders empfehle, so liegt glatter Schwindel vor. Denn der Funktionär hat nicht das Recht zu solchem Tun.

Packungen für gefrorenes Fleisch.

Ein Bericht in der Zeitschrift „The American Box Maker“ gibt eine Anregung zu Packungen für gefrorenes Fleisch. Dort ist die Rede von einer Verpackung für gefrorene kochfertige Fleisch- und Fischstücke und Geflügel. Diese Lebensmittel werden nach einem besonderen Verfahren, dem „Birdseye-Schnellgefrier-Verfahren“ (nach dem Erfinder so genannt) behandelt. Das Fleisch usw. wird unmittelbar nach dem Schlachten des Tieres zerlegt, gesäubert und bei etwa -45° C so schnell zum Gefrieren gebracht, daß sich keine große Eiskristalle bilden können, die die Wände der mikroskopischen Zellen des Fleisches zerstören würden, so daß der Saft herauslaufen kann. Vor dem Gefriervorgang werden die Stücke in Zellophan eingeschlagen und in passende, bedruckte Ausstellungskartons gelegt, die zehn Pfund enthalten. In diesen Schachteln friert der Inhalt fest. Sie werden dann in Wellpappkästen verpackt, die den Inhalt genügend von der Außentemperatur isolieren, um das Fleisch ohne Verwendung von Kühlwaggons nach siebentägigem Transport noch frisch ankommen zu lassen.

FRAU UND KIND

Neue Wege der sozialistischen Kindererziehung.

Von Walther G. Oschilewski.

Die sozialistische Kinderfreundebewegung kann als die jüngste Mitarbeiterin der modernen Arbeiterbewegung angesehen werden. Ihrer besonderen Bedeutung gemäß ist sie vornehmlich eine Erziehungsbewegung, auch eine „pädagogische Provinz“ im Saate, die das Vakuum, das durch das Ungenügen des staatlichen Unterrichtswesens entsteht, durch eine neue Lebens- und Arbeitsgesinnung im sozialistischen Geiste ausfüllen will. Dabei soll die aufbauende Arbeit der schon vielerorts wirkenden Reform- und Versuchsschulen nicht übergangen werden; im Gegenteil: diese Arbeit anzuerkennen und zu unterstützen ist unsere Aufgabe. Aber selbst die modernsten Schultypen unserer Tage beschränken sich noch im überwiegendsten Teile darauf, Lehranstalten und keine Lebens- und Erziehungsgemeinschaften in unserem Sinne zu sein.

Welcher Weg aber gegangen werden muß, um die Kinder des Proletariats für die Gestaltung einer glücklichen Zukunft zu befähigen, zeigen die Bemühungen der Kinderfreunde. Elementarunterricht zu erteilen, ist nicht ihre Aufgabe, aber aus den ihnen anvertrauten Kindern eine lebendige, freundschaftsfrohe Gemeinschaft zu machen, ist ihnen im Laufe des verhältnismäßig kurzjährigen Wirkens gelungen. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen als eine neue Form sozialistischer Erziehung (Erziehung zum Sozialismus), die Kinderrepubliken, die als Zeltlager veranstaltet werden. Hierauf aufmerksam zu machen, ist der Sinn dieser kurzen Zeilen.

Warum Zeltlager? Diese Frage ist schon oft von Eltern und Erziehern gestellt worden und die Beantwortung, die selbstverständlich aus dem Vokabularium der Erziehungsgrundsätze der Kinderfreunde entnommen würde, nicht immer recht anerkannt und gewürdigt worden. Ausgangspunkt war die Überzeugung, für die Arbeiterkinder von etwa 10 bis 14 Jahren die glücklichste Form einer gemeinsamen Erziehung zur Ordnung, Freundschaft und Hilfsbereitschaft zu finden. Diese drei Notwendigkeiten jeder menschlichen Gemeinschaft sind auch zu den Maximen und Parolen der Bewegung geworden. Man kann das auch durch mehr oder weniger lehrhafte Unterweisungen tun, aber eindrucksvoller und vor allem kindsgemäßer ist es, alle die Dinge, die zu der Existenz eines freien und solidarischen Menschen notwendig sind, selbst erarbeiten, selbst erleben zu lassen. Die Zeltlager und besonders die seit zwei Jahren veranstalteten großen Zeltrepubliken der Kinderfreunde geben genügend Gelegenheit, jedes Kind schon frühzeitig in den Rhythmus und in die Funktionen eines sozialistischen Staates, der für die erwachsene Arbeiterschaft noch ein Traum von morgen ist, einzuordnen. Hier, in seiner Zeltlagergemeinschaft, erlebt das Kind oft zum ersten Male die Gesamtheit als Ganzes, die Notwendigkeit der gegenseitigen Hilfe, das „Wir“, das „Alle für Alle“. Indem es sich nicht nur als Bürger seiner Republik, sondern auch als gleichberechtigter Träger und Funktionär seines selbstgeschaffenen Staates empfinden lernt, wächst in ihm ein größeres Gefühl für Verantwortlichkeit und Treue, als das durch eine auch noch so gut gelehrte Staatsbürgerkunde der Fall sein kann.

Aus diesen Anmerkungen wie überhaupt, versteht sich, daß die Zeltlagerrepubliken auf demokratischer Grundlage aufgebaut sind. In ihnen lebt der fruchtbare Gedanke einer Selbstverwaltung, reguliert und ventiliert durch eine sinnvolle, den Geltungstrieb und kindlichem Empfinden angepaßte Form eines Parlamentarismus. 12 bis 15 Kinder schließen sich zu einer Zeltgemeinschaft zusammen, wählen aus ihren Reihen ihren Obmann. Die Zeltobleute bilden das Dorfparlament (unter Vorsitz des Bürgermeisters). Aus der Mitte des Dorfparlaments werden die Vertreter ins Lagerparlament gesandt, die die Volksvertretung der gesamten Republik ist. Dem Lagerparlament gehören außer den Dorfobgeordneten noch der Lagerpräsident, der Lagerobmann, die Bürgermeister der einzelnen Zeltörter und die Sachverwalter (für Ernährung, Material, Post, Veranstaltungen usw.) an. Diese gewählten Vertreter und Körperschaften verwalten den Haushalt nach rationalen Prinzipien, die die gesamte Ökonomie und Organisation notwendig macht, und repräsentieren die Kinderrepublik.

So leben nun die Kinder (9000 in fünf reichsdeutschen und einem dänischen Lager sind es schon in diesem Jahre gewesen) mit den erwachsenen Helfern vier Ferienwochen in Luft, Sonne und Freiheit. Alle tragen sie dazu bei, daß der Staat, den sie selbst errichtet haben, zur Heimat ihres Glaubens und ihrer Freude wird. Sie sind alle stolz auf ihre Republik; die erwachsene Arbeiterschaft, in deren Reihen erstmals ihre Kinder kämpfen werden, kann es auch sein.

Wie das Kind die soziale Umwelt sieht.

Man hat zu Studienzwecken Kinder von Stadt und Land aufgefordert, an dem Leben um sie Kritik zu üben und möglichst zu begründen, warum ihnen dieses oder jenes nicht gefiel. Die Untersuchung sollte die Kritikfähigkeit des Kindes prüfen. Die Aufsätze wurden unvorbereitet von Kindern beiderlei Geschlechts und ohne Rücksicht auf die soziale Herkunft unter Aufsicht der Lehrer angefertigt.

Diese lehrreichen Untersuchungen, über die wir in der Zeitschrift für pädagogische Psychologie lesen, haben gezeigt, daß das Kind die Welt nicht einfach hinnimmt wie sie ist. Das Kind macht sich seine Gedanken, und zwar hat das örtliche Milieu hierbei keinen Einfluß. Das Kind der Stadt ist genau so kritisch wie das des Landes.

Die Kritik erstreckte sich auf alle möglichen Lebensgebiete, die Schule, den Wohnort, die Tiere, das Wetter, Tod, Krankheit und anderes. Dazu aber erstreckte sich das Urteil der Kinder bei 47 unter 100 Kindern auch auf wirtschaftliche und soziale, staatliche und politische Nöte.

Natürlich sieht das Kind das soziale Leben in seiner Art. Das Kind erkennt noch nicht die ganze Kompliziertheit der sozialen Frage. Aber was es sieht, das ist der Gegensatz zwischen Reich und Arm.

„Es gefällt mir nicht, daß manche Leute so reich und manche ganz arm sind, weil doch auf der Welt jeder arbeiten muß“, schreibt ein 14-jähriger Knabe, und auch ein 12-jähriges Mädchen, das ausdrücklich als begabt bezeichnet wird, übt daran Kritik, „daß es arme und reiche Leute gibt, die Armen fast gar nichts haben und die Reichen alles“. Von Sorgen und Hunger schreiben andere. Andere wieder klagen, daß sie immer Kartoffeln essen müssen oder daß Teuerung herrscht und anderes.

Aber auch besondere Erscheinungen des sozialen Lebens werden von den Kindern kritisiert. Sie schreiben da von der Wohnungsnot, von der Ausspernung von Arbeitern, von den Steuern, dem geringen Lohne und der Macht, die die Reichen haben.

Die Kinder gehen also mit offenen Augen durch die Welt, und selbst wenn sie die Not am eigenen Leibe spüren, ist es vor allem das Gerechtigkeitsgefühl, das sich in den Kindern beim Erkennen der sozialen Nöte regt. „Wenn mein Vater schläft, da weckt er auf und hat immer schlechte Laune, und ich kann es ihm nicht verdenken, weil er in der Nacht bis früh 4 Uhr arbeiten muß und auch nicht einmal bei Tag schlafen kann“. Man fühlt dem Kinde den seelischen Schmerz nach und empfindet es, wie das Kind das Unrecht dieses sozialen Lebens durchmacht. In dem Berichte, der die Ergebnisse in der genannten Zeitschrift zusammenfaßt, wird denn auch als Resultat der Untersuchung, „das bei Kindern stark ausgeprägte Gerechtigkeitsgefühl“ besonders erwähnt.

So sieht das Kind die Welt, wie sie in ihrer Zerrissenheit ist, die Welt der Klassen, und es sieht durch diese Zerrissenheit in Reich und Arm, Hoch und Niedrig den sittlichen Sinn zutreten, das Menschliche unterdrückt, die Gerechtigkeit ertötet.

Die soziale Frage ist dem Kinde eine Frage der Gerechtigkeit. Ihre Lösung ist ihm eine ethische Aufgabe.

Gerechtigkeit soll sein, daß alle Menschen glücklich werden. Nicht reich und arm soll sein. Der Gegensatz soll überwunden werden. Das ist das Suchen des Kindes. Aus solchem ethischen Gefühle heraus sieht es die Welt.

Es ist wunderbar, zu sehen, wie da die Seele des Kindes nach einem sittlichen Sinn des Lebens sucht. Dieses Suchen nach einem ethischen Sinne der sozialen Bewegung ist ein elementares Bedürfnis des unverdorbenen, schlichten, gesunden Menschen. Und diese Verbindung menschlichen Sinns und praktischen Handelns, wie wir sie für die gewerkschaftliche Bewegung pflegen, bringt die Wucht und die solidarische Stoßkraft des Fortschritts und des Sieges.

Dr. Gustav Hoffmann.

Wenn mein Kind Fieber hat.

Fieber ist ein böses Wort für die Mutter, und doch, wie schlimm wäre es erst, wenn wir nicht durch das Fieber wüßten, daß unser Kind krank ist, Pflege bedarf!

Wir Erwachsenen können uns zwar auch „krank fühlen“, wissen, wenn wir „nicht auf dem Posten sind“, daß da wohl etwas dahinter stecken kann, nämlich eine Krankheit oder so etwas Ähnliches, und dann sind wir auf der Hut und — messen uns, das heißt, wir stellen fest, welche Blutwärme vorhanden ist, und ob wir mehr als 36,5

Grad oder gar mehr als 37,5 Grad Blutwärme haben. Die erste Zahl ist die gewöhnliche und somit angebrachte Blutwärme, die zweite Zahl ist die erhöhte Blutwärme, die, wenn sie überschritten wird, „Fieber“ bedeutet. Auch bei dem Kinde ist es so. Wenn unser Kind ein heißes Köpfchen, ein mattes Aussehen der Augen, feuchtwarmer oder trockenwarmer Händchen und Glieder hat, wenn es matt im Wagen oder Bettchen liegt oder sitzt, dann sollen wir es einmal mit dem Fieberthermometer (das ist für 1,20 bis 1,50 RM. in der Drogerie oder in der Apotheke zu haben) messen.

Unser ganz Kleines messen wir im After, und zwar führen wir das mit Hautcreme oder reinem Fett eingefettete Spitzchen des Thermometers ganz vorsichtig ein. Das Kleine muß dabei auf der Seite liegen, und wir müssen natürlich sehr achtgeben, daß es eine Weile, ein bis zwei Minuten, ruhig liegenbleibt, bis wir nämlich das Thermometer herausnehmen können, um die Zahl abzulesen.

Sehen wir dann, daß das Kind z. B. 37,8 Grad oder gar 38 Grad und mehr Blutwärme hat, dann heißt es, schnell in das Bettchen, stille liegen und ruhen lassen, bis der Arzt kommt.

Welche Ursache kann denn „Fieber“ haben? Bald ist der „verdorbene Magen“, bald die „Erkältung“, bald dies, bald das wird von der Mutter angegeben, meistens aber ist es nicht nur ein verdorbener Magen oder die Auswirkung eines Unwohlseins, sondern eine Krankheit, die im Körper ausgefochten wird. Immer wenn unser Kind Fieber hat, sollen wir aufmerksam werden und ganz besonders aufpassen, was dem Kindchen fehlt, denn das Fieber will uns warnen.

L. M.

Peter und seine Mutter.

Von einer Mutter wurde die nachstehende kleine Geschichte aufgeschrieben, die für alle gut zu lesen und zum Nachdenken ist.

Peter hörte eines Tages seinen Vater über eine Rechnung sprechen, die bezahlt werden mußte. Dabei stieg in ihm der Gedanke auf, auch einmal eine Rechnung für seine Mutter aufzustellen für die kleinen Dienste, die er ihr leistete. Eines Tages fand die Mutter nun folgende Rechnung neben ihrem Teller liegen:

Die Mutter schuldet ihrem Peter:

Für Einholen vom Konsum	0,20 RM.
Für Besorgung der Briefe zur Post	0,10 RM.
Well er stets ein guter Junge gewesen	0,10 RM.
Für das Holen von Milch	0,20 RM.
Zusammen:	0,60 RM.

Peters Mutter sagte nichts, doch fand er abends bei seinem Teller einen Betrag von 0,60 RM. vor. Zufrieden steckte er das Geld in die Tasche; doch fand er bei seinem Teller auch eine Rechnung seiner Mutter.

Peter schuldet seiner Mutter:

Für 10 glückliche Jahre in ihrem Hause	nichts
Für 10 Jahre Essen und Trinken	nichts
Für Pflege während seiner Krankheit	nichts
Dafür, daß er stets eine gute Mutter hatte	nichts
Zusammen:	nichts

Peter las diese Rechnung und schwieg. Nach einer Weile aber schlich er an die Seite der Mutter, barg sein Gesicht in ihrem Schoß und steckte die 60 Rpf. vorsichtig in Mutters Schürzentasche.

Film und Lichtbild im Dienste der gesundheitlichen Aufklärung.

Die langen Winterabende bannen die Menschen auch während ihrer Freizeit im geschlossenen Raume. Um sich zu zerstreuen und der Enge ihrer Wohnungen zu entgehen, besuchen manche Vereine und gesellige Veranstaltungen aller Art. Die Jugend strömt in den von Gemeinden und Organisationen geschaffenen Jugendheimen zusammen. Eine immer wachsende Menge aber füllt allabendlich die Lichtspieltheater. Die flimmernde Leinwand (Film und stehendes Lichtbild) erobern allmählich auch ihren Platz bei Versammlungen und geselligen Zusammenkünften. Dieser Siegeszug einer modernen Technik ist dann vor allem zu begrüßen, wenn neben Schönerm und Heftigerem auch Nützlichem gezeigt wird. Die Möglichkeiten hierzu bestehen in reichem Maße. Insbesondere auf dem Gebiete der gesundheitlichen Belehrung gibt es eine Fülle geeigneter Filme und Lichtbilder, die in ihrer ansprechenden Darstellungsart das Interesse weiter Kreise zu erwecken imstande sind. Eine Auswahl solcher Filme und Lichtbilder besitzt die Sozialhygienische Abteilung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, von der sie an interessierte Organisationen vermittelt werden. Der Hauptvorstand wie die ihm angeschlossenen Krankenkassen sind bei Gründung dieser Abteilung davon ausgegangen, daß Krankheiten verhindert besser und billiger ist als Krankheiten heilen.

Zum Weltspartag!

In letzter Zeit hat eine neue bedeutende Einrichtung der Arbeitnehmerschaft die Öffentlichkeit stark beschäftigt: Die in allen entwickelten Ländern bestehenden Arbeiterbanken. Die letzten Bilanzen der Arbeitnehmerbanken ließen ein erstaunlich rasches Wachstum erkennen und damit eine dauernd zunehmende Bedeutung für die Wirtschaft. Die Zeitungen schrieben von „neuer Kapitalmacht“, „gefährlichen Gegnern“, von einer „mächtigen Waffe der Arbeiter- und Angestellten-schaft im Emanzipationskampfe“. Es wurde ausgerechnet, daß die gesamte Bilanzsumme aller Gewerkschaftsbanken in Deutschland bereits die Summe von einer halben Milliarde Reichsmark überstiegen habe, d. h., die Kapitalkraft der ausgesprochenen Arbeitnehmerbanken kommt heute schon den Großbanken nahe.

Unter allen Arbeiterbanken ist die weitaus größte und bedeutendste die „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, AG.“, eine Gründung der freien Gewerkschaften. Die deutsche Arbeiterbank weist nach fünfjährigem Bestehen bereits eine Bilanzsumme von rund 160 Millionen Reichsmark aus. Sie hat eine eigene Sparkasse, eine eigene Treuhandgesellschaft und ist maßgeblich beteiligt an einer bedeutenden Hypothekenbank. Außerdem betreut sie eine Reihe gemeinnütziger Unternehmungen, darunter das Lindcar-Fahrradwerk und die Büropa.

Der Zweck der Arbeiterbanken ist im allgemeinen die Sammlung aller Arbeitnehmergelder, ihre einheitliche Zusammenfassung und Verwaltung. Zentralisierung der finanziellen Macht der vielfältigen Arbeiterbewegung, die Betreibung des umfangreichen Bankgeschäfts zum eigenen Nutzen, im eigenen Interesse, die Schaffung eines kräftigen finanziellen Rückhaltes der gesamten Arbeiterbewegung mit ihren gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen; Das ist der tiefere Sinn der Arbeiterbanken.

Der entscheidende Unterschied zwischen Privatbanken und Arbeiterbanken liegt in der Verwendung der anvertrauten Gelder. Die Banken nehmen zwar recht gern die Gelder der breiten Volksmassen und spielen sich als Treuhänder des Volksvermögens auf, um Vertrauen zu gewinnen. Aber zeigt nicht jeder Zusammenbruch, jeder Finanzskandal, daß die Kapitalien nicht zum Nutzen des Volkes, ja in vielen Fällen nicht einmal zum Nutzen der Wirtschaft verwandt werden? Welche Bank nimmt Rücksicht auf die Interessen ihrer Einleger und verwaltet die Gelder im Sinne derjenigen, die sie aufgebracht haben? Es gibt keine Kontrolle darüber, ob auch nur die 8 Milliarden Reichsmark Spargelder, die in den Sparkassen zusammengetragen sind, den Interessen der arbeitenden Bevölkerung dienstbar gemacht werden. Die Arbeitnehmerschaft mit ihrer Sparkraft ist aber immer noch eine der wichtigsten Kreditquellen unserer Wirtschaft.

Daraus haben die Gewerkschaften mit Recht den Schluß gezogen, ihre Millionen Vermögen und die Spargelder ihrer Mitglieder in eigenen Bankinstituten verwalten zu lassen. Es ist ein Gebot

der Selbstachtung, wenn Organisationen mit Millionen von Mitgliedern ihre Gelder nicht mehr denen überlassen, die wirtschaftspolitisch und oft auch staatspolitisch andere Ziele verfolgen. Das gewerkschaftliche Programm enthält als wichtigste Forderungen eine soziale Republik und die gemeinnützige Gestaltung aller wirtschaftlichen Beziehungen. Der deutsche Bankiertag hat erst auf seiner letzten Tagung offen und ostentativ dieses Programm bekämpft.

Zum Weltspartag am 30. Oktober.

Bank und Sparkasse aller Arbeitnehmer ist die

Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, AG.

Spareinlagen werden z. Zt. wie folgt verzinst:

Einlagen mit täglicher Kündigung 6 % p.a.
Einlagen mit monatlicher Kündigung 7 % p.a.
Einlagen mit vierteljähr. Kündigung 7 1/2 % p.a.

Spart bei der Arbeiterbank

Die Gründung von Arbeiterbanken ist aber auch ein Akt der Selbsthilfe. Wer die Gemeinnützigkeit in der Wirtschaft will, muß die Bestrebungen nach Gemeinwirtschaft unterstützen. Neben der Beseitigung gesetzlicher Hemmungen ist die finanzielle Hilfe beste Unterstützung. Indem die Gewerkschaftsbanken das Kreditbedürfnis öffentlicher und anderer gemeinnütziger Bestrebungen befriedigen, werden sie wichtige Mithelfer im Kampfe um die Neugestaltung unserer Wirtschaft. Über ihre Banken gewinnen die Gewerkschaften Einfluß auf Richtung und Gestaltung der Gemeinwirtschaft, wovon die Arbeiterbanken selbst ein Teil sind.

Bei den Arbeiterbanken ist somit von vornherein die Gewähr gegeben, daß ihre Gelder Arbeitnehmerinteressen dienen. Die Gewerkschaften bestimmen und kontrollieren die Geschäfte ihrer Banken; jeder privatwirtschaftliche Einfluß ist von vornherein ausgeschaltet. Bei der Kredither-

gabe ist in erster Linie die soziale Zwecksetzung ausschlaggebend. Deshalb gehören auch zu den Kreditnehmern vorwiegend Konsumvereine, Baugenossenschaften, gewerkschaftliche und Parteilbetriebe, Kulturorganisationen, Städte, Gemeinden und Landkreise. Im Jahre 1928 half die Arbeiterbank allein rund 9000 Wohnungen bauen.

Mit dem Wachstum der Gewerkschaftsvermögen, mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmer, wächst selbstverständlich auch die finanzielle Machtstellung der Gewerkschaftsbanken. Die Arbeiterbanken sollen aber nicht etwa bloße Verwaltungsstellen der Gewerkschaftsvermögen sein. Der Rahmen ihres Kundenkreises ist so weit als möglich gespannt. Alles, was irgendwie Arbeitnehmergelder verwaltet, wird von ihr beansprucht. Dazu gehören in erster Linie auch die großen Vermögen der Sozialversicherungsinstitute. Der Hauptverband deutscher Krankenkassen gehört zu den Aktionären der Bank. — Filialen und Zweigstellen sowie Zahlstellen über das ganze Reich verteilt, sollen Helfer bei der Erfassung der Gelder sein und den Kundendienst erleichtern.

Aber auch Einzelsparern wird Gelegenheit gegeben, ihre gewerkschaftlichen Interessen bei der Anlage der Notgroschen zu unterstützen. Eine eigene Sparkasse dient diesem Zwecke. Bei günstiger Verzinsung werden Spargelder schon von einer Reichsmark an entgegengenommen. Am Weltspartag, dem Tage der Propaganda des Spargedankens, an dem die Banken und Sparkassen in der arbeitenden Bevölkerung werben, soll auf die Sparmöglichkeit bei der Arbeiterbank ganz besonders hingewiesen werden. Der klassenbewußte Arbeiter, Angestellte und Beamte spart bei der Arbeiterbank, weil er damit nicht nur sich selbst, sondern auch seinen gewerkschaftlichen Interessen und Zielen dient.

Spart bei eurer eigenen Bank!

Die Unternehmerpresse über die Arbeiterbank.

„Die Entwicklung, die die im Jahre 1924 gegründete Arbeiterbank genommen hat, ist eine ganz außerordentliche gewesen und muß gerade diejenigen, gegen die sich die nicht unerhebliche Kapitalmacht der Gewerkschaften richten wird, zu ernstem Nachdenken veranlassen.“

Daß die Arbeiterschaft die Konzentrierung ihrer Finanzkraft als Voraussetzung wirtschaftspolitischen Wirkens erkannt hat, beweist die Entwicklung der Gewerkschaftsbank in den letzten drei Jahren.

Der Arbeiter, der einen Stundenlohn wöchentlich als Beitrag an seine Gewerkschaft abführt, ist im Begriff, sich mit der Gewerkschaftsbank ein Instrument zu schaffen, mit dem er eine immer stärkere Einwirkung auf die deutsche Wirtschaftspolitik und unter Umständen auch auf die Gestaltung der Wirtschaftsform erlangen wird.“

Aus „Sächsische Industrie“, Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität.

Ia Auswaschtinktur Zinkätzsalz D. R. P.
Entsäuerungspulver, Schleifkugeln
sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.
Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Straße Nr. 50
Fernspr. Mor. 12289

FACHLITERATUR!

Die Illustrationsverfahren von Krüger. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. Preis inklusive Porto und Nachnahme, in Leinen 34.— RM.

Lehrbuch der Lithographie und des Stein-druckes von Alois Senefelder. Preis inkl. Nachn. 11.70 RM.

Die Erfindung der Lithographie von F. Hansen. Preis inklusive Nachnahme 0.80 RM.

Der praktische Umdrucker von Bernhard Enders. Preis inklusive Nachnahme 1.10 RM.

Das Tauschieren und Ätzen der Metalle von G. Schweikhard und W. v. Falkenstein. Preis inklusive Nachnahme 1.60 RM.

Praktikum des Stein- und Zinkdruckes von Witte. Preis inklusive Nachnahme 10.40 RM.

Zu beziehen durch Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig.

Fast neue Lithographen-Pulte mit Sessel sowie mehrere Holztröge

mit starkem Blei ausgeschlagen, in verschiedenen Größen zu verkaufen.
Meisenbach, Riffarth & Co. AG., Leipzig, Friedrich-List-Str. 11.

Jeder Kollege,

ganz gleich, ob an Buch-, Stein- oder Offsetmaschine, verlange das von der Fachpresse sowie Druckereln glänzend begutachtete

Ungers Antitrocken

(gesetzl. gesch.)

um ein Eintrocknen der Farbe über Nacht auf den Walzen, Duktort und Farbwerk, sogar Farbstein und angebrochenen Büchsen, bei jedem Quantum Trockenstoffzusatz, ganz sicher zu verhindern.

Für Offset ganz unentbehrlich!
Verlangen Sie Prospekt!

PAUL UNGER

Zwickau i. Sa. - Schloßbach 123.

Achtung!

SAALFELD!

Kassierer und Unterstützungszahler ist jetzt Fritz Maar, Saalfeld a. S., Mühlweg 3,1.

Einkauf von Rasierklingen ist Vertrauenssache!

Ich empfehle meine

„Universal“-Rasierklinge

für 5.— Mk. pro 100 Stück frei Haus per Nachnahme. Sie ist unerreicht zart im Schnitt, für den stärksten Bart und die empfindlichste Haut passend. Für jedes Stück wird Garantie geleistet, daher kein Risiko.
F. Hegewald, Sollingen.

Achtung!

RATIBOR!

In Ratibor ist eine neue Mitgliedschaft unseres Verbandes gegründet worden.

Vorsitzender und Auskunftsleiter ist: Karl Schlerz, Ratibor i. O.-Schl., Ottitzerstr. 70.

Kassierer ist: Paul Purtz, Ratibor i. O.-Schl., Oberwallstraße 22.